

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark  
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger und verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 28, 68

Anzeigenpreis:  
die sechsgepaltene Kolonelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig  
Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

## Aus der Mülkereiberufsgenossenschaft für 1912.

I.

Die Verwaltungskosten der Mülkereiberufsgenossenschaft betragen 170 531 Mk., die der Sektionen 146 352 Mk., und im Bericht kündigt der Vorstand an, daß infolge der durch die neue Reichsversicherungsordnung bedingten Mehrarbeiten eine weitere Steigerung der Verwaltungskosten zu gewärtigen ist.

Der Reservefonds der Genossenschaft betrug 8 326 060 Mk.

Das Betriebsverzeichnis hatte am 31. Dezember 1912 einen Bestand von 25 362 Betrieben gegen 25 851 im Jahre vorher, das ist ein Rückgang von 489 Betrieben, von denen aber 196 an andere Berufsgenossenschaften überliefen wurden. Im dem Rückgang sind beteiligt 26 Wind- und 411 Wassermühlen, dagegen haben die Dampf- um 137 und die Wasser- und Dampf- mühlen um 73 Betriebe zugenommen. Wir erkennen aus diesen Ziffern wie aus denen der Vorjahre, daß die Entwicklung der Handwerksbetriebe zu Großbetrieben in der Müllerei unaufhaltsam vor sich geht.

Die Zahl der beschäftigten Kollarbeiter betrug 61 232, sie ist auch im letzten Jahre, jedenfalls infolge der Entwicklung zum automatischen Betrieb, um 1232 zurückgegangen. Interessant ist, daß unsere Unternehmerviertel über die Tatsache, daß über 1200 Arbeiter aus ihrem bisherigen Beruf hinausgedrängt wurden und Lohn und Brot verloren, kein Wort verlieren. Der Arbeiter hat eben die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Murren über sich und die Seinen ergehen zu lassen. Wenn aber einige hundert Unternehmer durch dieselbe Entwicklung ihr Brot in der Müllerei nicht mehr finden, dann schreit man Gott und alle Welt um Hilfe dagegen an. Dabei beanspruchen die Unternehmer für sich volle Bewegungsfreiheit und schreden keineswegs vor dem Bonifat bei Verfolgung ihrer Interessen zurück, während sie den Arbeitern das geringe Koalitionsrecht, das sie haben, lieber heute als morgen durch Streikposten- und Boykottverbote erdröseln möchten. Wird von uns einmal ein hartherziger Ausbeuter jählich angefaßt, sofort schreit der ganze Chorus nach Ausnahmegeetzen, nach Erdröselung der Selbsthilfsmöglichkeiten der Arbeiterschaft, für sich selber allerdings fordern sie Hilfe durch die staatliche Gesetzgebung. Als ob das Wohl des Staates nur auf dem Wohlergehen der Unternehmer und nicht auch auf dem der Arbeiter beruht!

Die versicherten Mühlen nach der Größenklasse geordnet, ergibt folgendes Bild:

Betriebe mit	Anzahl der Betriebe	Die Zahl der versicherten Personen betrug
weniger als 300 Arbeitstagen	13 186	5 021
1—2 Kollarbeiter	6 953	9 438
3—5	3 468	10 473
6—10	914	6 393
11—20	435	6 157
21—50	280	8 382
mehr als 50	126	15 674
Zusammen	25 362	61 538

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 3269 gegen 3367 im Vorjahr. Seit Bestehen der Mülkereiberufsgenossenschaft (1885) wurden ihr im ganzen 77 255 Unfälle gemeldet, von denen 23 784 erstmalig entschädigt wurden.

An Unfallentschädigungen (Renten, Kosten des Heilverfahrens, Abfindungen, Sterbegeld) zahlte die Berufsgenossenschaft im Jahre 1912 1 689 040 Mk. gegen 1 633 538 Mk. im Vorjahre. Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft wurden für diese Entschädigungen 28 663 015 Mk. aufgewendet, das macht bei 23 784 entschädigungspflichtigen Unfällen im Durchschnitt 1205 Mk. pro Unfall, die sich selbstverständlich für den einzelnen Verletzten auf Jahre, beziehungsweise verteilt: so zahlte z. B. die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahr noch 20 110 Mk. Renten für Unfälle, die aus dem Geschäftsjahr 1885/86 resultieren. Von den 3269 Unfällen des Jahres 1912

waren 905 erstmalig entschädigungspflichtig, die Berufsgenossenschaft zahlte für diese Unfälle 192 584 Mark Entschädigung, also zirka 213 Mk. pro Unfall an Renten, Kosten des Heilverfahrens und Sterbegeld. Man erzieht daraus, wie die gewaltigen Millionensummen, mit denen man so gern prunkt, zusammenkommen, wenn man ermittelt, was auf den einzelnen Verletzten entfällt.

Verletzungen gelangten im Berichtsjahre 566 (213 zugunsten der Verletzten, 353 zugunsten der Berufsgenossenschaft), Refurse 138 (27 zugunsten der Verletzten und 111 zugunsten der Berufsgenossenschaft) zur Entscheidung.

Ueber die Zeit der Unfälle gibt der Bericht eine interessante Uebersicht, die sich auf die Jahre 1889 bis 1912 erstreckt. Danach entfielen Unfälle auf: Sonntag 853, Montag 3782, Dienstag 3556, Mittwoch 3391, Donnerstag 3406, Freitag 3540 und Sonnabend 3746. Montag und Sonnabend haben demnach die meisten Unfallziffern. Der Montag infolge des Unlössens der Werke, wohl auch etwas infolge des am Sonntag genossenen Alkohols und der Sonnabend infolge der eingetretenen Ermüdung und der dadurch bedingten größeren Unachtsamkeit.

Die Lohnstatistik weist an gezahlten Löhnen die Summe von 70 405 145 Mk. nach, von denen 68 718 282 Mk. beim Umlageverfahren anrechnungsfähig waren. In den einzelnen Jahren betragen die Durchschnittslöhne: im Jahre 1897 703,12 Mk., 1898 712,61, 1899 736,12, 1900 749,93, 1901 778,29, 1902 813,77, 1903 820,61, 1904 837,94, 1905 861,16, 1906 894,72, 1907 947,69, 1908 974,72, 1909 1007,69, 1910 1041,03, 1911 1083,14 und 1912 1144,09 Mk. Sie haben sich also in 16 Jahren um 440,97 Mk. für den Kollarbeiter erhöht.

Auf die einzelnen Sektionen entfallen folgende Durchschnittslöhne:

Sektion	Betriebe	Kollarbeiter	Gezahlte Löhne		
			insgesamt 1912	pro Kollarbeiter 1912	pro Kollarbeiter 1911
I	821	2 319	2 133 612	915,32	871,02
II	728	1 755	1 690 351	960,43	903,94
III	1 072	1 793	1 747 931	972,69	905,58
IV	1 636	3 557	3 855 119	1 081,08	1 025,57
V	1 723	4 740	4 542 620	951,98	896,41
VI	1 865	2 680	2 679 709	996,92	886,56
VII	1 534	5 471	7 237 219	1 315,38	1 233,43
VIII	3 028	9 613	12 735 454	1 317,60	1 244,47
IX	1 627	3 264	3 676 997	1 121,04	1 076,08
X	2 361	6 285	8 446 652	1 299,79	1 214,84
XI	1 529	2 493	2 968 937	1 183,31	1 119,35
XII	1 065	2 947	3 785 826	1 290,29	1 225,47
XIII	301	1 079	1 375 357	1 269,98	1 189,37
XIV	1 416	2 575	2 666 577	1 029,96	993,82
XV	3 258	4 939	4 788 360	961,52	919,14
XVI	934	1 411	1 423 132	1 005,75	954,50
XVII	964	3 966	4 651 262	1 165,15	1 112,91
Zusammen	25 362	61 232	70 405 145	1 144,09	1 083,14

Die höchsten Löhne wurden also im Bereich der Sektionen 7 und 8, Hannover, Oldenburg, Bremen, Braunschweig, Mecklenburg, Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein, die niedrigen Löhne dagegen im Bereiche der Sektion 1, Preußen, bezahlt. Die rheinische Großmühlenindustrie markiert in der Bezahlung ihrer Arbeiter also keineswegs an der Spitze, wie bisher allgemein angenommen wurde.

Aus der Unfallstatistik heben wir folgende Tatsachen und Ziffern hervor: Verletzt wurden 574 männliche und 11 weibliche Erwachsene, 20 Jugendliche unter 16 Jahren; es kamen im Durchschnitt 1471 Verletzte auf 1000 versicherte Personen. Die Unfallfolgen waren: In 87 Fällen der Tod, in 4 Fällen dauernde völlige, in 233 dauernde teilweise, in 361 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Die Verletzten hinterließen 58 Witwen und 120 Kinder. Die Unfälle ereigneten sich an folgenden Gegenständen bzw. bei folgenden Vorgängen: Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen 317, Dampfessel und dergleichen 2, Sprengstoffe 2, feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe 25, Zusammenbruch, Einsturz, Gerab- und Umfallen von Gegenständen 145, Fall von Leitern, Trepp-

ben usw., mit Rücken usw. 158, Auf- und Abladen 77, Fahrweck 107, Eisenbahnbetrieb 13, Tiere 31, Handwerkszeug 23, sonstige 9.

Die Abfindungen an Verletzte betragen 22 662, an Witwen im Falle der Wiederverheiratung 8178 Mk.

Beichtigung. Ueber der nachfolgenden Tabelle mit dem Artikel über die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft in voriger Nummer der „Verbands-Zeitung“ betr. die Zahl der versicherungspflichtigen Personen sind die Jahre, für welche die Ziffern gelten, fortgelassen. Wir holen dieses nach:

Sektion	Durchschn. Arbeiter.	1912		1911	
		Durchschn. Arbeiter.	Wahl.	Durchschn. Arbeiter.	Wahl.
I (Strasbourg)	2346	2697	2550	2700	
II (Stalsruhe)	6655	7277	6409	7193	
III (Smitgart)	6477	6556	6252	6608	
IV (Wimigen)	14506	15593	14168	15184	
V (Nürnberg)	9085	9663	8963	9521	
VI (Berlin)	22213	24082	21911	23756	
VII (Magdeburg)	9034	9619	8910	9490	
VIII (Leipzig)	14976	15991	14494	15497	
IX (Dortmund)	20659	22322	19806	21271	
Zusammen	116151	124010	112463	121215	

## Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Was der Kirche an den christlichen Gewerkschaften mißfiel, war nicht nur das Zusammenarbeiten von katholischen und evangelischen Arbeitern, nicht nur der Anspruch auf eine gewisse Selbstständigkeit in wirtschaftlichen Bestrebungen, sondern auch die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Streit. Die katholischen Moraltheologen verwerfen zwar den Arbeiterausstand nicht grundsätzlich, aber sie umgeben ihn mit soviel Gefahren und Schrecken für den Arbeiter, seine Familie und den Staat, daß zwar nicht ein Verbot, doch aber ein dringendes Abrotzen des Streifes dabei herauskommt. Jedenfalls aber wird verlangt, daß sich die Arbeiter des Rates der kirchlichen Obrigkeit bedienen, wenn sie in wirtschaftliche Kämpfe größeren Umfanges zu treten gedenken. Um die Stellung der Kirche in Sachen der Arbeiterbewegung, insbesondere des Streiks, zu kennzeichnen, seien hier einige Sätze aus der schon erwähnten Gewerkschaftsencyklopädie des X. niedergegeben:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Geistesgesetzen im Einklang stehen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen.

Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wozu sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.

Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinzuziehung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine irdische und weltliche ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß.

Die katholischen Arbeiter sollen Frieden mit anderen Ständen, das heißt mit dem Unternehmertum, halten und sie sollen weiter wirtschaftliche Streitfragen über Lohnhöhe und Arbeitsdauer nicht ohne Zurückziehung der kirchlichen

Obgleich es erledigen. Kann man sich einen Organismus in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter stellen? Und verdient eine Bewegung, die sich solchen Eingriffen willig fügt, nach den Namen einer Arbeiterorganisation? Kann man einer solchen Bewegung, die sich willig in die Hände einer höheren Macht beugt, nachzutragen, daß sie in der Stunde der Not zu ihren kämpfenden Arbeitern steht? Was man nicht darauf geachtet hat, daß sie unter dem Einfluß jener höheren Macht und im Bestreben, Frieden mit den anderen Ständen zu halten, ihren kämpfenden Klassenangehörigen schmachvoll den Rücken kehrt?

Die Antwort auf diese Fragen gibt der Umstand der Vergarbeiter des Ruhrgebietes (Ruhrland-Westfalen) im Frühjahr 1912. Schon Ende 1910 hatten die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter den Plan einer Lohnbewegung erfaßt. Der sozialistische, der liberale und der volkshybride Bergarbeiterverband waren sich einig, mit Forderungen an erster Stelle einer Lohnerhöhung, an die Forderungen heranzutreten. Die Löhne waren seit 1907 stark gefallen, die Preise für die Nahrungsmittel und anderen Lebensbedürfnisse dagegen stark gestiegen. Was die Vergarbeiter zu fordern gedachten, war nicht mehr als ein Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Lebensmittelpreisen. Die genannten Verbände traten auch an den Vorstand der christlichen Bergarbeiter heran, dieser aber machte Ausflüchte. Währte man einigte Bergarbeiterverbände und Wirtschaftsverhältnisse als Feld, so daß die übrigen Verbände von weiteren Schritten abjehen — nicht weil sie die Gründe des christlichen Verbandes als nichtig anerkannten, sondern weil sie zur Durchführung der Forderungen ein möglichst geschlossenes Vorgehen der Vergarbeiter für gut hielten.

Ende 1911 wiederholte sich das Szenario. Wiederum Einigkeit unter den drei Verbänden: dem sozialdemokratischen, dem liberalen und dem volkshybriden, zum Zwecke einer Lohnbewegung, wiederum Ausflüchte des christlichen Verbandes und wiederum Verlagerung des Kampfes. Die Mitglieder der drei Verbände hatten allerdings eingesehen, daß es den Führern des christlichen Verbandes darum ginge, das Vorgehen der Vergarbeiter zu vereiteln. Die christlichen Führer verteilten auf die Stärke ihres Verbandes, der im Ruhrgebiet etwa 4000 Mitglieder zählte, gegen 80000 des sozialistischen und einigen Tausend des liberalen und liberalen Verbandes, sie suchten sich für die Herren der Lage und glaubten, jede Lohnbewegung hindern zu können und das Gesicht der deutschen Vergarbeiter leuchten zu lassen, und so wurde dann von den drei Verbänden nach gründlicher Prüfung der genannten Umstände und nach Erörterung aller Mittel einer solchen Forderung ihrer Forderungen am 10. März 1912 der Streit verhandelt.

Von den 30000 im rheinisch-westfälischen Bergbau beschäftigten Arbeitern beendeten sich bald 20000, darunter die meisten unterirdischen, im Ausstand. Die christlichen Führer haben ihren Plan misslungen, zumal sich zahlreiche Mitglieder des christlichen Verbandes an dem Streit beteiligten. Wahrscheinlich würde sie jetzt über mehrheitlichen Terrorismus, der ausgeht von Ausständigen an Arbeitswilligen verübt wurde. Die Herrschaft Preise erforderte Eisenbahnfahrten über Grenzgebieten, denen die Ausständigen ausgesetzt sein sollten. Der Zweck des Ganges war, die Regierung zur Entsendung von Polizei und Militär zu veranlassen und auf diese Weise die Ausständigen einzuschüchtern und wieder zur Arbeit zu treiben. Durch unerbittliches Vorgehen der bewaffneten Menge durch polizeilichen und militärischen Terrorismus sollte der Streit zunichte gemacht werden. Und es waren die christlichen Gewerkschaftsführer, der in Amerika bekannte Herr Giesberts voran, die in der Presse von Polizei und Soldaten sprachen und die bewaffnete Macht auf ihre kämpfenden Klassenangehörigen bestanden. Die Regierung, die in Deutschland sich vollständig unter dem Einfluß der Kapitalisten und Bossenstände befindet, wollte den Herrschaftlichen Führern und nachgeholt wurden Polizei und Militär nebst Maschinengewehren ins Streifgebiet entsandt. Der bewaffnete Terrorismus hinderte viele Ausständige ein, sie kehrten zur Arbeit zurück und nach zehn Tagen mußte die Streikleitung den Ausstand für beendet erklären.

Was waren die Beweggründe für das schändliche Verhalten der christlichen Führer? Im Jahre 1906 hatte der christliche Bergarbeiterverband sich mit dem sozialistischen und liberalen Verbanden in einem vierjährigen Vertrag zur Seite geschlossen. Warum jetzt, dieses Jahre her, dieser schändliche Verrat, der bezeichnend ist in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung? Einer der Gründe ist zu suchen in dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur Kirche. Schon vor dem Erfolg der Gewerkschaftsbewegung hatten sich Ende 1910 die christlichen Gewerkschaftsführer der deutschen Kirchen gegenüber verpflichtet, auch in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen die Lehren der Kirche zu befolgen. Und man weiß, daß gerade der soziale Frieden, die Enthaltung von jeder wirtschaftlichen Kampfbewegung, die Kontrolle nicht

Dann kommen politische Gründe hinzu. Die Zentrumspartei wird in Rheinland und Westfalen immer mehr bedrängt von der Sozialdemokratie, und um diesen Segen abzuwehren, bedarf das Zentrum bei Wahlen der Hilfe der Liberalen. Da nun die großen Gewerkschaften der liberalen Partei angehören, darf das Zentrum es mit diesen mächtigen Leuten nicht verderben. Herr Giesberts, der christliche Gewerkschaftsführer, verhaßt sein Reichstagsmandat in Ehren der Hilfe der großen Industriellen und ihrer gelben Kreaturen. Man versteht, daß bei Leuten dieser Art der Ehrlich nachstehen ist es mit den hohen Herren von Kohle und Eisen nicht zu verderben. Drittens kam hinzu die Rücksicht auf die Regierung, der man einen Dienst zu erweisen plante, wenn man sich von der Seite der guten Stimmung und der Ordnungsliebe zeigte. Daran soll im letzten Artikel die Rede sein. Was den bei dem letzten Vergarbeiterstreit gemachten Erfahrungen liegen die Dinge im christlichen Lager gegenwärtig so:

Die christlichen Gewerkschaften werden sich in Zukunft an größeren, das Wirtschaftsleben erschütternden und das Kapital ernstlich gefährdenden Kämpfen nicht mehr beteiligen; sie werden, wo sie sich nicht dazu sind, diese Kämpfe zu unterstützen und dabei den offenen Streikverbot und den schmachvollen Arbeiterverrat nicht scheuen. In kleineren Ausständen und da, wo die sozialistische Uebermacht ihre Mitglieder mitreißt, werden sie sich beteiligen und das benutzen, um ihre Reklamation als Arbeiterorganisation anzupreisen.

### Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge.

Die deutsche Arbeitermasse hat wieder einmal die üblen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise in erhöhtem Maße durchzulassen. Seit alle Kapitalisten haben diesmal mehr oder weniger unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden, und aus fast allen Ecken, namentlich den Großstädten, dringt die Kunde von Arbeitslosigkeit, Not und Elend. Sogar in den Sommermonaten, wo noch eher Arbeitsgelegenheit zu finden war, hat die Zahl der Arbeitslosen eine bisher noch nie beobachtete Höhe erreicht, die in den Wintermonaten noch beträchtlich steigen wird.

Der wirtschaftliche gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit läßt sich leider nicht genau feststellen. Dieser kann nur am Grund einer allgemeinen, über das ganze Reich sich erstreckenden Arbeitslosenstatistik, wie sie bereits zweimal im Jahre 1895 mit Aufzug der entsprechenden Handelsverträge vorgenommen worden ist, ermittelt werden. Daraus wurden am 14. Juni von 15 497 600 Lohnarbeitern 1 43 000 und am 2. Dezember von 15 641 000 Lohnarbeitern 479 000 Personen als arbeitslos gezählt. Wohl konnte man mit den Zahlen der Berufsarten in den verschiedenen Berichtsmonaten stellen, daß die monatliche Berichterstattung über die Feststellung der Zahl der Berufsarten ist sehr mangelhaft. Gaben doch für den Monat September von den 2173 vorhandenen Stellen nur 3460 oder 16 Proz. regelmäßig einen Bericht eingehend. Wir müssen uns deshalb auf die Angaben der Arbeitsnachweise, die jeweils den Stand der Arbeitsangebots- und Arbeitsnachfrage am Ende des Monats im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten, beschränken. Aber auch diese Zahlen geben kein richtiges Bild, weil die Arbeitsnachweise nicht von allen Arbeitslosen benutzt werden. Ein sehr großer Teil erhält Arbeit durch Vermittlung privater Bureau oder auf dem Wege der Zeitungsanzeige.

So geben Tausende und aber Tausende der Kontrolle zum Zwecke der Feststellung über den Stand der Arbeitslosigkeit verloren.

Vor den 906 an die Berufsberatung für das „Reichsarbeitsblatt“ angelegten Arbeitsnachweisen haben 791 für den Monat September Angaben gemacht. Daraus waren für männliche Arbeitskräfte rund 276 000 offene Stellen gemeldet, denen 443 000 Arbeitsangebots gegenüberstanden. Nur 25 000 Stellen konnten vermittelt werden. Etwas besser waren die Verhältnisse für die weiblichen Arbeitskräfte. Hier fanden rund 165 000 Arbeitsangeboten 196 000 offene Stellen gegenüber, und 67 000 Vermittlungen konnten erfolgen. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres ist die Zahl der Arbeitsangebots bei den männlichen Arbeitskräften um 2208 gestiegen, während die Zahl der offenen Stellen um 54 zurückgegangen ist. Also eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitsfindenden und eine Verminderung der Arbeitsangebote. Auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen kamen im Berichtsmontat 160 Arbeitsangebots gegen 141 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die entsprechenden Zahlen für die weiblichen Arbeitslosen sind 99 und 92. Erheblich vermindert hat sich das Verhältnis bei Landwirtsch., Gärtnerei usw., Industrie der Steine und Erden, Metall-, Textil-, Papier-, Leder- und Holzindustrie, Kunstgewerbe, Wandmalerei, Metzgerei, Fabrikarbeitern ohne nähere Bezeichnung, Handelsgewerbe und häuslichen Diensten.

Noch einen weiteren Anhalt zur Feststellung der Arbeitslosenzahl liefern die Berichte der deutschen Eisenbahnen, die auch diese veröffentlichen bei weitem

nicht alle Arbeitslosen. Die Unorganisierten, die Leiden nach das Gros der Arbeiterklasse bilden, und die Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen — darunter die beiden großen Verbände der Bauarbeiter und Maler — sind in die Statistik nicht einbezogen. Auch ein großer Teil der nichtbezugsberechtigten Organisierten, unterstellt einfach die Statistik.

Nach den Zusammenstellungen von 50 Verbänden mit 2046 696 Mitgliedern wurden im Laufe des dritten Quartals 1913 insgesamt 163 978 Arbeitslosigkeitsfälle ermittelt, die sich auf 169 211 männliche und 14 767 weibliche Arbeitslose verteilen. Gegen das gleiche Quartal des Vorjahres, wo 140 605 Arbeitslosigkeitsfälle gezählt wurden, ist dies eine Zunahme von 43 373 Fällen. Zur Mitgliederzahl im Vergleich, beträgt die Prozentzahl 92 (drittes Quartal 1912 6,8). Am Schluß der letzten Woche des Monats September waren arbeitslos am Orte 49 667, auf der Höhe 45 72, also zusammen 34 059 Personen, gleich 2,7 Proz. der Mitgliedschaft. Die entsprechenden Zahlen am Schluß des gleichen Monats des Vorjahres betragen 27 722 und 4060. Die Zahl der Arbeitslosen hat demnach gegen das Jahr 1912 um 22 547 oder 71 Proz. zugenommen. Prozentual die meisten Arbeitslosen treffen die Verbände der Putzwerker (17,6), Schmiede (13,3), Glaser (11,0), Bildhauer (10,7), Köpfer (9,6), Flechtler (8,4) und der Buchdrucker (7,4) an.

Von großer Bedeutung bei dem Umfange der Arbeitslosigkeit ist ebenfalls die Feststellung und Berechnung der Dauer des einzelnen Arbeitslosigkeitsfalls. Die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeitsfälle im dritten Vierteljahr belief sich auf 3 564 004, davon entfielen auf arbeitslose Mitglieder am Orte 3 197 376 und auf arbeitslose Mitglieder auf der Höhe 366 628 Tage. Das sind gegenüber dem Vergleichsquartal, wo 2 142 644 Arbeitslosigkeitsfälle ermittelt wurden, 1 421 360 Tage mehr. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosigkeitsfalles betrug im Berichtsquartal 17 Tage, gegen 16 Tage im dritten Vierteljahr 1912.

Aus allen diesen Zahlen ersieht man, daß sich der Stand der Arbeitslosigkeit ganz wesentlich erhöht hat, ganz abgesehen von den Tausenden, die verflüchtigt arbeiten oder tageweise ausliegen müssen. So sogar ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen des wirtschaftlich ungünstigen Jahres 1908 ergibt, daß die Arbeitslosigkeit ebenso groß, zum Teil noch größer war.

Aber tragend ist bis jetzt für die Arbeitslosen, die völlig unzufrieden an den Wirtschaftskrisen sind, wenig getan worden. Zu wiederholten Malen schon ist das Problem der Arbeitslosenunterstützung auf Kongressen, in Reichstagen und kommunalen Parlamenten unterzucht und darüber diskutiert worden, doch das Ergebnis ist ein negatives.

Von sämtlichen deutschen Bundesstaaten macht nur Bayern eine rühmliche Ausnahme. Dort sind nach dreitägiger Debatte über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung 150 000 Mk. verteilt auf zwei Jahre, zur Unterstützung der Gemeinden in den Etat eingeschleift und dann sämtliche Verträge dem Finanzministerium überwiesen worden. Wenn auch der in Aussicht gestellte Staatsbeitrag sehr gering erscheint, so ist es doch der erste Schritt zur systematischen staatlichen Förderung der Arbeitslosenunterstützung. Und das Vorgehen Bayerns ist nach insofern von großer Bedeutung, weil es den Arbeitervereinigungen der anderen Bundesstaaten ermöglicht, mit dem Hinweis auf das Beispiel Bayerns nun neuen an die Regierungen heranzutreten und Zusätze für die Arbeitslosen zu fordern.

Kraftvoll durchgeführt ist die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenunterstützung erst in folgenden 14 Städten (zur besseren Information ist zugleich das Jahr der Errichtung oder des Zutritts und in Klammern die Art der Unterstützung mit angegeben):

- Berlin-Spandau 1910 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Köln 1896, umgestaltet 1911 (freiwillige Unterstützungskasse und Rückversicherung von Verbänden).
- Erlangen 1909 (Zusätze an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung).
- Erlangen 1913 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Frankfurt 1913 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Freiburg i. S. 1910 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Schwab-Gmünd 1911/12 (Zusätze an Verbände und freiwillige Unterstützungskasse).
- Stettin 1912/13 (Zusätze an Verbände und freiwillige Unterstützungskasse).
- Worms 1913 (Zusätze an Verbände und freiwillige Unterstützungskasse).
- Worms 1911, umgestaltet 1913 (Zusätze an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung).
- Wülfrathen i. E. 1909 (Zusätze an Verbände).
- Wuppertal 1913 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Zittau 1912 (Zusätze an Verbände und Sparer).
- Zwickau i. E. mit den Nachbargemeinden Schilfberg, Wilsdorf und Altrath-Grafenhagen 1906/07 (Zusätze an Verbände).

In Mainz und München wird reine Arbeitslosenunterstützung gewährt. Auch in Leipzig besteht eine Arbeitslosenunterstützungskasse, die aber keine städtische Einrichtung ist.

Gesamt oder erzwungen wurde die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und zum Teil auch Geld





**Meiningen. Tarifvertrag.** Nach jahrelangen Bemühungen ist es den hiesigen Kollegen gelungen, endlich einen Tarifvertrag zustande zu bringen. In derselbe auch nicht ganz nach Wunsch ausgefallen, so sind doch Kraft der Einsicht ganz bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Der Tarif erhebt sich auf die Vereinigte und Sachliche Brauerei. Es wurde folgendes festgesetzt: Die Arbeitszeit im inneren Betriebe im Sommer beträgt zehn Stunden (8-6 Uhr), im Winter 9 1/2 Stunden. Die Löhne betragen 2,50 bis 2,80 Mk., einschließlich der Flaschenfellerlohn vor 10 Mk., münden in eine jährliche Zulage von 1 bis 2 Mk. zu verzeichnen. Die Landknechte erhalten neben ihrem Wochenlohn von 21 Mk. für Hocktagelöhnen 2,50 Mk. und Stallgeld, für Eintagelöhnen 1,50 Mk., für halbe Tagelöhnen 0,75 Mk., außerdem ist ihnen eine Mindestruhepause gewährt. Stadtknechte erhalten 2-21 Mk. Die Arbeitszeit derselben beträgt 11 Stunden. Der Heberknecht erhält im ganzen Betriebe mit Ausnahme der jugendlichen Flaschenarbeiter 0,50 Mk. Sonntagsarbeit wird ebenfalls nach Heberknechten vergütet. Das Fahrverdienst bei alle 11 Tage zwei Stunden Sonntagsdienst gratis zu leisten. Bei Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei militärischen Abwesenheiten bis zu 14 Tagen der Lohn fortbezahlt, und außerdem findet bei familiären Vorkommnissen für Verhinderung bis zu einem Tag ein Lohnersatz statt. Der Erholungsurlaub wird um einen Tag erhöht, beträgt also 3-6 Arbeitstage. Die Tarifdauer beträgt 3 Jahre, bei einer dreimaligen Lohnverhöhung von wöchentlich 0,50 Mk.

Die Kollegen müssen anerkennen, daß nur eine geschlossene Organisation zum Ziele führen kann, und es wäre wünschenswert, wenn die uns noch fernstehenden Kollegen in der hiesigen Brauerei und in den hiesigen Betrieben die endliche Mann für Mann der Gewerkschaft anschließen, damit auch ihre wirtschaftliche Lage mit der Zeit eine bessere wird.

**Ulm. Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.** Am Samstag, den 8. November, berief sich eine sehr gut besuchte Versammlung mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Der Vorsitzende, Kollege Holzfurtner, bemerkte eingangs seiner Ausführungen, daß von einer eigenständigen Verhandlung keine Rede sein kann, nachdem die Unternehmer ihren Sandhaß, Herrn Rechtsanwalt Kahlbacher, mit einer gebundenen Marschroute zu den Verhandlungen delegierten. Sie selbst aber trotz aller Vorbereitungen zu einer vernünftlichen Aussprache mit der Lohnkommission nicht zu bewegen waren. Holzfurtner begründete hierauf die bestehende Forderung und unterzog das Verhalten der Unternehmer, welche aus nichtigenden Gründen eine Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ablehnen, einer eingehenden Kritik. Die Brauereien haben bei der letzten Bierpreisverhöhung hübsche Gewinne gemacht, auch über die Industrie der Rohprodukte keine noch mancher sagen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber sind seit Jahren einer eigentümlichen Reform nicht mehr unterworfen worden. Bei der letzten Tarifregelung haben die Unternehmer mit allem Nachdruck auf die Abschaffung des Sonntagsdienstes hingewirkt. Dagegen wurden, von einigen alten Arbeitern abgesehen, die Kollegen mit kaum 60 Pf. Lohnverhöhung in der Woche abgefunden. Bei der Tarifbewegung hier alles beim alten. Im Vergleich zu den Tarifbewegungen in der nächsten Umgebung differieren die Wochenslöhne um 2-4 Mk. Auch die Arbeitszeit ist in den meisten Brauereien auf 9 1/2 Stunden festgesetzt, während die hiesigen Unternehmer an 10 Stunden noch festhalten möchten. Bei der Sonntagsarbeit wird es in einzelnen Brauereien noch arg gehalten. Es z. B. werden die Arbeiter der Brauerei an Sonntagen zum Ackerbau, Feldarbeiten, Fleckschneiden, Kellerarbeiten, Schneemachen, Dreschmaschinen, Sägen, Pflanzarbeiten und ähnlichen um verwendet. Auch in der Brauerei selbst ist es nicht viel besser. Daraus ergibt sich, weshalb die Brauereien von einer Begradigung der Sonntagsarbeit nichts wissen wollen. Um so mehr wird es Wunsch der Arbeiter sein, diese Missetatung zu beenden. In seinen weiteren Ausführungen betonte Holzfurtner mit einem Schilde des Syndikats, wonach der Sonntagsdienst von 8 auf 2 Tage erhöht, und mit 6 bzw. 7 Stunden eine Lohnverhöhung von wöchentlich 30 Pf. bewirkt wird. Im übrigen sollte bei einer 8- oder gar 9-jährigen Tarifdauer alles beim alten bleiben. Die Arbeiter empfinden es aber als eine große Härte, daß der Wochenslohn erst mit 7 Jahren Dienstzeit erreicht wird. Der Standpunkt der Unternehmer ist charakteristisch: Man will einem weniger bezahlten Arbeiter eine kleine Lohnverhöhung gewähren, dagegen wird der Höhe der Arbeiter zugemutet, auf jede Verbesserung ohne weiteres Verzicht zu leisten. Die mitternachts bezahlten Hilfsarbeiter sollen auch fernbleiben, trotz der Verabreichung mit 2 Mk. wöchentlich nach Paris geschickt werden. Der gute Wille der Unternehmer wird dadurch in einer dreifachen Weise behindert. Kollege Holzfurtner appelliert an die Verantwortlichen, aus dem Verhalten der Unternehmer die notwendigen Lehren zu ziehen, um gemeinsam zu handeln und unabhängig für die Organisation zu werden, dann wird die Welt nicht mehr fern sein, wo sich auch die hiesigen Unternehmer zu annehmbaren Zugeständnissen bewegen.

Schritt 2 und 3 läßt an dem Verhalten der Unternehmer wahrlich Kritik. Die bisherigen Verhandlungen waren eine Komödie, man konnte uns den ablehnenden Verzicht auf höhere Art mitteilen, dann brachten wir unsere Forderungen vor, im Bureau des Herrn Rechtsanwaltes unnütz zu verhandeln. Vor drei Jahren haben die Herren einen ganz anderen Standpunkt eingenommen. Danach wurden Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse gefordert, und schließlich auch verprochen, bei Erhöhung des Bierpreises ein gutes, gehaltreiches Bier zu liefern. Die Preisverhöhung wurde wohl durchgeführt, aber diese Verbesserungen sind bis heute noch nicht eingetroffen, und trotzdem sollen wir mit dem Syndikat zu reden, die Brauereien schon am Rande des Bankrotts stehen! Denen, welche die Arbeiter über herabgesetzten Forderungen mit uns so größerem Nachdruck vorbringen, die organisatorische Schwachheit und diese Verhandlungen auf das tiefste unterliegen. Auch macht Herr Kahlbacher die Bemerkung, welche der Unternehmer eine Verhandlung abzubrechen sollen, aber die Herren selbst nicht zu

haben sein, dann wird die Arbeiterschaft ebenfalls entsprechende Maßnahmen zu treffen wissen. In der lebhaften Diskussion äußerten sämtliche Redner ihren Unwillen über die Vorschläge der Brauereien und verpflichteten im übrigen den Ausführungen der Referenten bei. Nachdem folgende Resolution einstimmig angenommen wurde und sich mehrere Kollegen in den Verband aufnahmen, wurde nach einem Schlußwort des Kollegen Holzfurtner, welcher die Anwesenden ersuchte, ruhig Blut zu bewahren, und zu reger Agitationsarbeit ansetzte, die gut verlaufene Versammlung geschlossen. Die Resolution lautet: Die am 8. November tagende, sehr gut besuchte Brauereiarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über die gepflogenen Tarifverhandlungen und bedauert die Haltung der Unternehmer, welche es ablehnten, mit den Arbeitervertretern in direkte Verhandlungen einzutreten. Angesichts der fortwährenden Verteuerung der Lebenshaltung und der unzureichenden Lohnerhältnisse für einen großen Teil der hiesigen Brauereiarbeiter erachtet die Versammlung den Vorschlag der Brauereien, bei acht- bzw. neunjähriger Dienstzeit erst eine Lohnverhöhung von wöchentlich je 50 Pf. zu gewähren, im übrigen aber den mangelhaften Tarifvertrag ohne jede weitere Konzession auf 2 bis 3 Jahre zu erneuern, als unannehmbar. Obwohl die Versammlung einmütig die in der Tarifvorlage aufgestellte Forderung als sehr berechtigt und maßvoll anerkennt, sind die Arbeiter bereit, auf folgender Grundlage den Tarifvertrag auf 3 Jahre zu erneuern: 1. Die Arbeitszeit im Brauereibetrieb wird täglich um 1/2 Stunde verkürzt. 2. Die Sonntagsarbeit wird, analog den übrigen Tarifverträgen in Württemberg, für die Arbeiter im inneren Betriebe besonders vergütet. 3. Die Lohnaufbesserung beträgt wöchentlich 1 Mk. Wenn sich die Brauereiarbeiter zu dieser Reduktion der ohnehin bestehenden Forderung verstanden haben, so nur im Interesse einer friedlichen Verständigung. Die Versammlung beauftragt die Tarifkommission, mit aller Energie zu versuchen, mit den Unternehmern eine persönliche Aussprache herbeizuführen, und erwartet, daß der Tarifvertrag auf der vorgeschlagenen Basis baldmöglichst erneuert wird.

**Maßfabriken.**

**Breslau. Tarifvertrag.** Ein für alle in den hiesigen Maßfabriken beschäftigten Kollegen interessanter Lohnvertrag wurde mit der Breslauer Aktien-Maßfabrik vereinbart. Die Verhandlungen, welche für die Maßfabrik durch den deutschen Industrieverband geführt wurden, nachdem ein friedlicher Ausgleich infolge der ungenügenden Zugeständnisse durch die Maßfabrik selbst kaum möglich erschien, haben in letzter Stunde doch noch ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Die Arbeitszeit bei Tagelohn wurde von 10 auf 9 1/2 Stunden, bei Nachtlohn auf 9 Stunden gekürzt. Trommelmäher, Sarr- und Scheibler erhalten für entgangene Rationen pro Woche extra 2 Mk. Entschädigung. Für Nachtlohn wird pro Schicht 25 Pf. extra bezahlt. Der Wochenlohn wird um 2 Mk. pro Woche erhöht, davon 1,50 Mk. sofort und 50 Pf. im zweiten Tarifjahr. Alle Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 70 Pf. pro Stunde bezahlt; das bedeutet gegen früher eine wesentliche Verbesserung. Ebenfalls wird die Entschädigung für Heberstunden an Wochentagen um mindestens 10 Pf. pro Stunde erhöht. Der Urlaub ist nunmehr auch auf die Kampagnearbeiter ausgedehnt und die Entschädigung bei Krankheit hat eine bessere Regelung erfahren.

Nur durch eine geschlossene Organisation und gute Disziplin der Kollegen konnte die Bewegung mit dem Erfolg abgeschlossen werden. Das aber sollte ein Ansporn für alle Kollegen in der Provinz sein und jedem Veranlassung geben, mit dem Verbands anzuschließen. **Leobsdorf D. Schl. Tarifverhandlung.** Auf hartem Boden, nach mühevoller Organisationsarbeit in dem vom Zentrum beherrschten Gebiet ist es endlich gelungen, kraft unserer Organisation auch mit der Maßfabrik Schwer eine Vereinbarung zu treffen, welche dem am gleichen Ort mit der Maßfabrik Krämmer abgeschlossenen Tarif in seinen wesentlichen Punkten entspricht. Die Anerkennung der Organisation wurde ebenfalls erreicht, nachdem bei der vorangegangenen Verhandlung die Kollegen Klippel und Kerner aus dem Komitee gemieden wurden. Somit ein Jahr gehören die Leobsdorfer Kollegen dem Verbands an und dennoch ist es denselben gelungen, das Einkommen der Kollegen um 7 Mk. wöchentlich zu erhöhen. Zugleich wurde die übermäßig lange Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden pro Tag gekürzt. Noch vieles mühte zurückgeholt werden, weil die Kollegen aus den Brauereien und der hiesigen Maßfabrik nicht zu uns gehörten. Diese Kollegen haben die erzielten Verbesserungen mit Erlaubnis, sie sollten es nun auch als ihre Forderungen erachten, sich dem Verbands anzuschließen - die organisierten Kollegen werden und müssen jetzt erst recht treu zur Organisation halten.

**Korrespondenzen.**

**Frankfurt a. M.** In der letzten Mitgliederversammlung sprach Genosse Seidner über Godshausfurtner und Winklerstraße. Der Referent führte den Anwesenden die Ursachen und Wirkungen einer Krise vor Augen und betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß nur durch feste Organisationen solchen Zuständen entgegengetreten werden könne. Kollege Laut teilte den Anwesenden für das dritte Quartal die Einnahmen für die Hauptkassette zwischen 9138,75 K. An Ausgaben waren zu verzeichnen: für Frankfurterentwertung 3019 K., Arbeitslosenunterstützung 315 K., Sterbegeld 200 K.; der Gesamtsumme wurden 4071,05 K. überwiesen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 1392 männliche und 4 weibliche Mitglieder.

Nach der Einwirkung des Flaschenbundes in den Frankfurter Brauereien beschwerten sich die Heberknechte, Fahrer und Fahrer über die dadurch entstandene Mehrarbeit resp. Mehrverantwortung; sie beantragten hierzu eine Entschädigung. Die Brauereien lehnten dies ab mit der Begründung, daß die Voraussetzungen nicht zuträfen und sie aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage seien, während der Dauer des Tarifvertrages irgendeine Veränderung in der Entlohnung einzutreten zu lassen. In der Dis-

ussion über diese Angelegenheit wurde eingehend erörtert, inwiefern eine Mehrarbeit resp. Mehrverantwortung eingetretet ist. Die Kollegen waren der Ansicht, daß hierfür eine Entschädigung gewährt werden müßte. Die Angelegenheit soll dem im Tarifvertrag vorgesehenen Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden. Kollege Laut teilte noch mit, daß es im Laufe dieser Woche geschehen habe, als ob ernste Differenzen in den Frankfurter Mühlenbetrieben auszubrechen drohten. Die Angelegenheit sei jedoch durch Verhandlungen zur Zufriedenheit erledigt.

**Nördlingen.** Am Sonntag, den 9. November, fand im „Gasthaus zum Stern“ eine gut besuchte Versammlung statt. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom dritten Quartal hielt Kollege Moshammer-Augsburg einen instruktiven Vortrag über: „Arbeitsnachweise und deren Bedeutung“. Unter „Verschiedenes“ wurde die Frage über die Brauerei-Signum und Mayer geklärt. In genanntem Betrieb ist ein Arbeiter, der schon längst seine Arbeitszeit dort auch beendete, als Brauer beschäftigt. Trotzdem die Kost tariflich abgehört ist, wird dem Kollegen die Kost weiter gegeben. In einer Unterhandlung, welche schon mit Herrn Mayer gepflogen wurde, gab er weiteren Verlangen nach, trotzdem wurde bis heute das Versprechen nicht in die Tat umgesetzt. Auch noch in anderen Fällen nimmt es Herr Mayer nicht allzu genau mit der Einhaltung des Vertrages. Es wurde beschlossen, nochmals an die Firma heranzutreten und sie auf ihr tarifwidriges Verhalten aufmerksam zu machen. Kollege Moshammer ermahnte insbesondere die Kollegen der Metzger- und Fleischerzunft, nachdem der Vertrag im kommenden Frühjahr dort abläuft, sich zusammen zu arbeiten, um einen Erfolg zu erzielen. Auch in den übrigen Betrieben muß alles daran gesetzt werden, die Organisation noch besser auszubauen, und wir werden dann in der Lage sein, in nächster Zeit die einzelnen Unternehmer an ihr gegebenes Versprechen zu erinnern.

**Stuttgart.** Seitdem Herr Schmecker Betriebsleiter der Brauerei Dinslader ist, versteht seine Woche, was nicht über ihn beschwerden einläßt. Wiederholte mußte die Geschäftsleitung und auch die Organisationsleitung bei der Firma Dinslader vorstellend werden. Selbst beim Brauereibetrieb wurde Beschwerden eingebracht. Von allen Seiten wurde Abhilfe versprochen. Trotzdem trieb es dieser Herr immer toller. Arbeiter wurden wegen Kleinigkeiten aus dem Betriebe entlassen. Will ein Arbeiter sein Recht verteidigen, dann kommt er auf die Schwarze Linie. Kommt ihm dann das geringste vor, so wird er von selber fern aus dem Betriebe geholt. Wenn ein Arbeiter nur geschäftlich mit dem anderen redet, und Herr Schmecker kommt hinzu, heißt es gleich ohne alles Weiteres: Das Faulenzer Sie denn hier schon wieder; wenn Sie nicht arbeiten wollen, dann machen Sie doch, daß Sie fortkommen! Jeder Arbeiter gilt als Faulenzer; arbeiten kann überhaupt nicht genug. Herr Schmecker versucht fortgesetzt die Arbeiter anzutreiben. Diese sind allerdings verständiger; sie wissen nämlich, daß überhaupt zu wenig Leute vorhanden sind. Als Herr Schmecker gesagt wurde, daß zu wenig Leute da seien, erklärte er, die Arbeiter sollen mehr arbeiten, dann werden sie schon fertig. In Befolgung dieser Auffassung werden die Arbeiter von morgens bis abends in beispielloser Weise angetrieben, so daß keiner Zeit hat, auch nur einmal richtig aufzuatmen. Der Betrieb wird immer größer, das Arbeitspersonal immer mehr. In letzter Zeit wurde Herr Schmecker wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß zu wenig Leute vorhanden seien. Selbst der junge Herr Dinslader sagte, wir müssen ein paar Mann einstellen. Dieser Notwendigkeit kann ich schließlich auch Herr Schmecker nicht mehr entgegen, er meinte, aber dann müssen ein paar Handwerker, keine Javaliden, davon haben wir genug. Auf diese Behauptung der Arbeiter möchten wir schließen, daß infolge der Unterbreitungen kein Jahr vergeht, wo nicht beim Aus- und Einsteuern ein paar Arbeiter zum Krüppel gemacht worden. Bei den anderen Arbeitsfunktionen trifft dasselbe zu. In Bezug auf Unglücksfälle heißt Dinslader unter den Brauereien an der Spitze. Was ist das Schicksal der im Dienst der Brauerei Dinslader krank und hoch gemordeten Arbeiter? Hier ein Beispiel. Ein Arbeiter war 13 Jahre lang als Geschäftsführer beschäftigt. Nach einem erlittenen Unfall konnte er in dem Brauereibetrieb nicht mehr beschäftigt werden, er kam als Expedient auf das Kommando. Hier war er wieder 9 1/2 Jahre zur Zufriedenheit der Brauerei beschäftigt. Nach 22 Jahren Tätigkeit in der Brauerei Dinslader hatte er im Februar dieses Jahres das Unglück, krank zu werden. Nun begannen die Verurtheile der Firma, den verbrauchten Arbeiter so langsam loszulassen. Der Mann wollte das und wollte sich entschließen, ein eigenes Geschäft anzufangen, was aber durch eine inzwischen ausgebrochene Krankheit seiner Frau nicht möglich war. Nun blieb dem Arbeiter nichts weiter übrig, als wieder seine alte Beschäftigung anzunehmen. Doch da kam er bei der Firma schon an, ihm wurde beschieden, seine Stelle sei besetzt, andere Arbeit sei für ihn nicht mehr vorhanden. Die Brauerei wollte nun gewiß hier Arbeiterfreundlichkeit an den Tag legen, denn sie hatte den Mann wieder in den inneren Brauereibetrieb, wo er sich, wie vorausgesehen war, nach ein paar Tagen wieder krank melden mußte. Das mußte auch die Brauerei wissen, daß dieser Mann eine Arbeit, zu deren Ausführung er sich schon vor 10 Jahren als unfähig erwies, heute nicht mehr bewältigen kann. Sie fragen, hätte sich in dem großen Betrieb nicht noch eine andere Beschäftigung für den Mann finden lassen? Ein anderer Arbeiter ist schon 19 Jahre als Mäher bei Dinslader tätig und hat während dieser langen Zeit bei ständig wechselnden zu leisten. Wegen seines Alters suchte auch dieser Arbeiter um eine letztere Beschäftigung nach, die ihm auch zugesagt wurde. Der Mann hat aber trotzdem unter den Schikanen des Herrn Schmecker zu leiden.

So steht die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit der Brauerei Dinslader in der Praxis aus. Arbeiter, die schon vor drei Jahrzehnten ihre Gesundheit dem Betrieb opferten, müssen sich auf alle mögliche Weise schikanieren lassen. Denn in dieser Beziehung ist nicht vorzuziehen wird.

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Handspan

Aus der Brauindustrie

Alkoholfreie Getränkefabrikation in Brauereien ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Aus der alkoholfreien Getränkeindustrie

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Aus der Brauindustrie

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Aus der Mühlenindustrie

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Aus dem Beruf

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

Christliches und Gelbes

Wichtig ist auch die Erwähnung der ...

den Zentrum auch die und dann gingen, als dieses gemeinlich mit den Standpunkten der Lebensmittelerzeuger in Wahrung stelle durch den Justizrat und alle Maßnahmen zugunsten der gewerkschaftlichen Schiedsrichter (Schwager und Blauer). Die „Gewerkschaftsstimme“ trägt über die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, vertritt aber zu sagen, daß die Zentrumspartei, unter deren Vormüßigkeit sie steht, diese Schwierigkeiten nicht herangezogen hat. Und das fordert die Arbeiter auf zur Vorbereitung für den christlichen Verband unter Zentrumsherrschaft, damit es besser werde! — Jesuitenmoral!

**Vollswirtschaftliches, Soziales**

**Eine Witzge an die christlichen Lebensmittelhersteller.** Die Christl. Demokratischen Gewerkschaften haben die Teilnahme an dem 8. Deutschen christlichen Arbeiterkongress abgelehnt. Dafür werden im „Gewerkschaftsverein“ folgende Gründe angegeben:

Einmal ist die Einladung ergangen an alle Verbände der Arbeiter, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen. Dazu sagt der „Gewerkschaftsverein“, daß die „christliche Weltanschauung“ mit gewerkschaftlichen Fragen nichts zu tun habe.

Zweitens verlangte der Gewerkschaftsverein aber auch Garantien, daß die Frage der Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung in einer Weise behandelt wird, die den Interessen der Arbeiter die Rechnung trägt. Die christlichen Führer als Mitglieder der Zentrumspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, so sagt der „Gewerkschaftsverein“, haben die Politik der Lebensmittelerzeugung mitgemischt. Sie sind verantwortlich für ihre Folgen. Deshalb mußten die Gewerkschaften die Gewähr verlangen, daß nicht eine in Sinne jener verkehrten Wirtschaftspolitik gehaltene Entscheidung zur Annahme gelangt. Diese Gewähr wurde den Gewerkschaften nicht gegeben. Der „Gewerkschaftsverein“ sagt daher: „Inwiefern man hätte sich nicht lieber und verhalten, daß den christlichen Arbeitern einmal mit aller Deutlichkeit gesagt wird, was die Lebensmittelhersteller sind.“

Die Entschiedenheit des Zentrums der Christl. Demokratischen Gewerkschaften zu der Beteiligung am christlichen Arbeiterkongress ist noch etwas deutlicher. Es heißt dort, daß der Zentralrat die Beteiligung am dem Kongress ablehnte.

„In der Ausschluß dieses Arbeiterkongresses die Bedingung stellt, daß die teilnehmenden Organisationen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen müssen. Der Gewerkschaftsverein hat es für unmöglich, das Christentum zu Rechtfertigung zu unterstützen. Es kommt hinzu, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften gezwungen sind, die agrarische Politik des Zentrums und der Konventionen mitzumachen und so als Arbeiter wider das Interesse der Arbeiterklasse handeln, indem sie die Politik der christlichen Lebensmittelerzeugung unterstützen. Da ist es besser, daß die Gewerkschaften ihren Weg allein gehen, bis die Arbeiterklasse in größerer Einheit erkannt, daß Lebensmittelhersteller keine wirklichen Freunde der Arbeiter sind, auch wenn sie im Mantel des Christentums stehen.“

Und schließlich sagt der „Gewerkschaftsverein“ noch, daß die christlichen Gewerkschaften wohl nur nach einer Gelegenheit suchen, das in den letzten Jahren fast unangenehme Ansehen... durch eine öffentliche Veranstaltung etwas aufzuheben. Er erinnert hierbei an den Streik im Ruhrgebiet und beim Streik der Verbandsarbeiter, der mit einem Verlust an Mitgliedern und Ansehen verknüpft war.

Das werden sich die christlichen Lebensmittelhersteller und Schädiger der Arbeiterinteressen nicht immer den Eingeständnis machen, aber die Begründung der Witzge an die Christen trifft ins Schwarze.

**Lebensmittelpolitik und christliche Gewerkschaften.** In dem Aufruf des Ausschusses der sogenannten christlich-nationalen Arbeiter zur Veranstaltung eines dritten „Deutschen Arbeiterkongresses“ werden u. a. auch im Hinblick auf die ankündende Steigerung der Lebensmittelpreise „recht große Worte“ gemacht. Es heißt da: „Dem: erwidert für die breiten Massen der Bevölkerung die Gefahr, in ihrem Existenzgrund zurückgeworfen zu werden. Das kann und darf nicht sein. Es müssen Vorkehrungen getroffen und weitere Erleichterungen unter allen Umständen verhandelt werden, soll nicht mit den Konventionen unsere einheimische Volkswirtschaft in Bedrängnis geraten.“ Der Vorgesandte des den Kongress vorbereitenden Ausschusses, Franz Wehrens, hielt nun auf der kürzlich in Garmisch-Partenkirchen abgehaltene Generalversammlung des christlichen Garmischerbundes einen Vortrag über das Thema: „Arbeitnehmer und der Schutz der Schutzgüter“, und er ließ hierzu eine Resolution beschließen, in der es u. a. heißt:

Die 2. Generalversammlung des Deutschen Garmischerbundes schließt sich der Forderung der garmischer Arbeitgeber auf beherren und ausreichenden Schutz der garmischen Erzeugnisse gegen die ausländische Konkurrenz bei dem neuen Abschluß der Handelsverträge an, um so mehr, als es sich im wesentlichen um Erzeugnisse handelt, die entweder von den unmittelbaren Volkströmen nicht verbraucht werden, oder die von der heimischen Garmischerzeugung in ausreichender Weise ohne dauernde Verzerrung erzeugt werden können.“

Ob es also das ganz offene Bekenntnis nicht bloß gegen „Arbeitnehmer“, sondern sogar die „weitere Erleichterungen“, die, nach dem Kongressaufruf, „unter allen Umständen“ verhindert werden müssen.

Der Bekämpfung, es handelt sich bei den Garmischerzeugnissen um wesentlichen um Erzeugnisse, die von den unmittelbaren Volkströmen nicht verbraucht werden“, ist so wahrscheinlich, daß sie einer besonderen Überlegung gar nicht wert beizulegen. Man braucht bloß darauf hinzuweisen, daß das Volkströmen der Garmischerzeugnisse hohe Preise für sich selbst und für die Garmischerzeugung selber hat. Und unumgänglich ist es zu behaupten, die deutsche Garmischerzeugung könne den Bedarf erzeugen. Das glauben die Garmischer nicht und sie wollen ja den Zoll nur zur Verzerrung der Waare.

So sieht die Theorie und Praxis der christlichen Gewerkschaftsführer aus.

**Arbeitervereinswesen**

Der Arbeitervereinswesen wird nicht gebilligt — es wird auf Grund der Ideen entworfen. Ja, der Arbeitervereinswesen, das ist ein altes neues Ding, auf dem kann man ja wohl stehen, er wird dem Arbeiter nicht anheimgegeben. Das geht aus den Vorlesungen hervor, die der Arbeitervereinswesen zugehen, wenn sie zum Zentrum zur Unterstützung ihres Rechtsprezises geladen werden. In diesen vom Oberverwaltungsamt erlassenen Vorlesungen heißt es, daß das Erheben des Arbeiterprezises nicht notwendig ist, da auf Grund der Ideen entworfen wird. Gewerkschaften als Hilfsmittel für den Kampf sind, daß bei doch wichtigeren Interessen dem Anspruch auf Erhaltung der dadurch ermittelten Kosten gegeben ist. Diese Vorlesungen sind augenscheinlich begründend für den Geist, der in den Verhandlungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herrscht, der den Arbeitervereinswesen ganz als Nebenbedingung betrachtet, als ob gerade für die ganze Geschichte gar nichts anginge, wenn es sich um den Kampf und die Hilfe handelt. Der Zweck der Arbeit ist jedenfalls klar: man will am besten sparen und da wird es halt bei dem „Objekt“ der Versicherung herangebracht. Das Objekt hat zwar zeitweilig zahlen dürfen, wo es sich aber jetzt um die Befreiung seiner Rechte handelt, da können zwar von den zugewiesenen Arbeitern die Kosten der Versicherung und des Betriebes der Versicherungsanstalt bezahlt werden, aber der, für den die jährliche Versicherungsbeitragung geschahen ist, der darf nicht zahlen. Kommt er zu zur Verhandlung, indem er den Arbeitervereinswesen nicht als ganz zuverlässig hält, um seine Rechte persönlich zu wahren, dann tut er es, wie es im Geschäftsleben heißt: auf eigene Rechnung und Gefahr!

**Der Unfallschutz an Sonn- und Feiertagen.** Das neue Unfallversicherungsrecht hat entschieden, daß der Unfallschutz für jeden Tag zu zahlen ist, für welchen Krankengeld gezahlt wird, also auch an Sonn- und Feiertagen, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Festlegung der gesetzlichen Vorschriften ist gerechtfertigt, denn es liegt kein Grund dafür vor, daß das Gesetz die Zahlung des Unfallgeldes an Sonn- und Feiertagen nicht beabsichtigt. Die Unfallversicherungsbestimmungen zur ursprünglichen Fassung des Unfallversicherungsgesetzes bestimmen, daß der Unfallschutz von Anfang der ersten Woche bis zum Ende der 12. Woche für jeden Tag gewährt werden sollte, für den der Kranke gesetzlich oder vertragsgemäß einen Anspruch auf Krankengeld hat. Zur Zeit der Gesetzgebung dieser Bestimmungen konnte das Krankengeld jedoch an Sonn- und Feiertagen nicht gezahlt werden. Die Ermäßigung von Krankengeldern an Sonn- und Feiertagen wurde erst durch die Novelle von 1902 ermöglicht. Bei der Bekanntgabe der Novellen über den Unfallschutz war mit der Möglichkeit dieser Ermäßigung der gesetzlichen Bestimmungen nicht zu rechnen. Später wurde die im § 5 enthaltene Bestimmung über den Unfallschutz in das neue Gesetz von 1900 wörtlich übernommen, bis auf die kleine Änderung, daß für „sonst“ „erlaubt“ gesagt wurde. Demnach hätte die Krankengelder schon die Ermäßigung, die Zahlung von Krankengeldern an Sonn- und Feiertagen bezogen. Das Gesetz wollte also ohne Zweifel die Gewährung von Unfallgeldern an Sonn- und Feiertagen nicht ausschließen.

**Gewerkschaftliches**

**Arbeitsvermittlung ohne Kündigung.** Obstand hat. Bei einer Dresden'schen Firma legten am 11. Oktober 1911 die vier Arbeiter ohne Kündigung der in der Arbeitsvermittlung festgesetzten Kündigungsfrist von 14 Tagen die Arbeit nieder, um gegen die wegen angeblicher Dienstverweigerung, auch auf Firmen und Maschinen erlassene Verordnungen Kontrolle zu demonstrieren. Die Firma erklärte man mit Hinweis auf den § 5 ihrer Arbeitsvermittlung den vier ausständigen Arbeiter für die letzten vier Arbeitstage einmündlich der Arbeit für verurteilt. Die Arbeiter erklärten deshalb auf Kündigung dieses Lohnes, weil die Kontrolle für zur Arbeitsvermittlung herabgesetzt kam. Die behauptete Firma wollte dagegen ein, daß die Kontrolle gegen einmündliches Verbot durch Gewerkschaften in ihrem Sinne durchzuführen werden ist. Allerdings ist nicht vorzulegen hatten. Von der nicht langfristigen Arbeiter haben sie ordnungsgemäß Kündigung erlassen können. Sie hätten hatten 1400 Arbeiter schon zwei Stunden die Arbeit eingestellt, um sie zum Nachdenken zu bringen. Die Arbeitsvermittlung habe die Lohnvermittlung gerechtfertigt.

Das Gewerbegericht Dresden wies die Klage der Arbeiter ab, und das Landgericht Dresden erkannte ebenfalls für deren Argumente. Es wies ihre Klage mit folgenden Gründen zurück:

Die Beschlüsse von § 5 der Arbeitsvermittlung sind nichtig, die streitigen Löhne für verurteilt zu erklären. Die im § 124 Abs. 2 der Gewerbeordnung vorgeschriebene Ordnung ist eingehalten worden. Die Lohnvermittlungsabrede des § 5 der Arbeitsvermittlung bedingt die Vereinbarung einer Höhe, die die Lohnvermittlung im Falle des Konkursbehalts bis zum Betrage eines durchschnittlichen Wochenlohnes festzulegen wird. Sie enthält also. Das Lohnvermittlungsrecht des § 124 Abs. 2 der Gewerbeordnung ist nicht durch die Lohnvermittlungsabrede nicht entgegen. Die Vereinbarung ist begründet das Konkursbehalten einer Forderung mit einer Gegenforderung wozus, deren Gehalt es hat. Es liegt weder eine Forderung der Arbeiter vor, denn die vereinbarte Höhe enthält nicht die Beschlüsse, sondern die Gehaltsbestandteile, noch ist eine Forderung der Arbeiter gegeben, denn deren Lohnansprüche sind mit Eintritt des Konkursbehalts ohne weiteres freiwillig geworden. Ob die Lohnvermittlung nicht begründet ist, ist im Sinne eines Vertrages gegen die gute Sitten oder einer unethischen Handlung, kann behauptet werden. Die Arbeitsvermittlung ist nicht der Art, die den Zweck der Lohnvermittlung enthält, jedenfalls eine Befreiung der Arbeitgeber und ist in diesem Sinne unethisch, wenn nicht einer der im § 124 der Gewerbeordnung angegebenen Gründe vorliegt. Ein solcher Grund lag nicht vor. Die Einwirkung einer anderen Kontrolle wegen Dienstverweigerung kann der Beschlüssen nicht entgegen werden. Die Kontrolle ist ganz selbständiger Weise durch die Gewerbeordnung § 124,

§ 124 Abs. 2) vorgenommen worden ist, wird von den Klägern nicht behauptet. (Gewerbliche Gewerbe- und Kaufmannsgericht, 18. Jahrgang, Spalte 121 ff.)

**Lohn im Schiedsrichter.** Einmalige Beschlüsse der Schiedsrichter. Das Gewerbegericht Kiel hatte sich mit folgender Sache zu befassen: Ein Arbeiter L. hatte sich bei der Lohnzahlung am 17. Oktober 1911 zu wehren. Der Unternehmer hatte das Geld zur Lohnzahlung dem Buchhalter gegeben; dieser sollte es in die im Schiedsrichter üblichen Lohnkästen und gab diese dem Arbeiter, bei dem sich die Arbeiter den Lohn abholten. Als L. seine Lohnkarte in der Wohnung des Arbeiters in Empfang genommen hatte, ging er wieder fort und eine halbe Dose hinunter. Auf dem Treppenhof traf er die Lohnkassierin und bemerkte zu seinem Entsetzen, daß dort 241 Mk. nur 241 Pfennig in der Dose waren. Die Dose trägt die Aufschrift, daß Lohnkassierin sofort anzuklopfen ist. L. rief sofort nach dem Arbeiter und ging zum Arbeiter zurück und verlangte ihn das Geld der 40 Mk. Das verlangte L. von dem Unternehmer die Auszahlung der 40 Mk. und behauptet, daß sie nicht in der Lohnkarte erhalten gewesen sind. Der Unternehmer L. behauptet sich auf seinen Buchhalter und dieser behauptet sich für ausgeschlossen, daß das Geld nicht in die Lohnkassierin hineingegeben sein soll. Schiedsrichter kann er es jedoch nicht. Da dem Beklagten kein anderes Beweismittel übrig blieb, ließ er dem Kläger den Eid zu. Der Kläger behauptet auch, daß in der ihm ausgehändigten Lohnkarte nur 241 Pfennig enthalten waren. Ihm liegen Umstände vor, welche der Beschlüsse der 40 Mk. aus, denn er konnte den Beweis nicht erbringen, daß L. das volle Geld erhalten habe.

**Schiedsrichter für Konsumgenossenschaft und Schiedsrichterverein.** Eine Entscheidung des Gewerbegerichts Berlin (10. August 1912) sagt, daß Lohnkassierin zur Einzahlung einer Summe nach den Bestimmungen des § 1 des Lohnkassierengesetzes verpflichtet ist. Ein Arbeiter forderte Auszahlung der Lohnkarte durch Lohnkassierin getriebenem Konten von 70 Mk. Der Unternehmer verweigert die Zahlung mit der Begründung, der Arbeiter habe ihn durch unrichtige Behandlung des Reisepasses einen Schaden von 1000 Mk. verursacht. Da hierzu der Beweis nicht vor, wurde die Klage abgewiesen. Wenn es sich auch bei der Konsumgenossenschaft um einmündige Lohnkassierin handelt, sagt die Rechtsprechung, so ist doch eine Arbeitsvermittlung gegeben, weil diese Lohnkassierin nicht an den einzelnen Lohnkassierinnen angeschlossen sind. § 124 Abs. 2 des Gewerbegesetzes und § 1 des Lohnkassierengesetzes.

**Erkrankte Arbeiter haben Anspruch auf Gehalt auch dann, wenn im Arbeitsvertrage die Befreiung angenommen wurde, daß sie keinen Anspruch auf Gehalt haben, solange sie nicht im Gehalt sind.** Das Gewerbegericht in Leipzig hat kürzlich entschieden, daß eine solche Ausnahmsbestimmung im Arbeitsvertrage rechtsunwirksam ist.

**Polizeiliches, Gerichtliches**

**Frei — das Schöne Gewerbe.** In Garmisch-Partenkirchen etwa 30 Gewerkschaften, weil die Unternehmer sich beharrlich weigerten, mit den Arbeitern als gleichberechtigter Partner über einen Tarifvertrag zu verhandeln. Der Bundesrat des Gewerbeverbandes hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge, wie es zu sein. Die Gewerkschaften sind einmütig, behaupten der Gewerbeverbande hat sich für die Bekämpfung dieser Angelegenheit und in dem Gewerbeverbande beizugehen Quartier untergebracht. Die Gewerkschaften haben sich bereit, daß bald das ganze Gewerbe in die gleiche Lage kommen möge

